

DEUTSCHER BUNDESTAG

**Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
16. WP**

Ausschussdrucksache 16(16)379 (Teil II)

Öffentliche Anhörung zum Thema:
**„Biomasse – Chancen und Risiken für
globalen Klimaschutz, biologische Vielfalt,
Ernährungs- und Versorgungssicherheit
sowie Armutsbekämpfung“**

Stellungnahme von

- Peter **Gerhardt**, ROBIN WOOD,
Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für
Natur und Umwelt e.V.



Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

Tropenwaldreferent

Peter Gerhardt

Tel: 040-380 89 2-18

Fax: 040-380 89 2-14

Mobil: 01577-782 8825

peter.gerhardt@robinwood.de

www.robinwood.de

Zur Anhörung des Bundestages:
Biomasse - Chancen und Risiken

Hamburg, den 17. Februar 2008

Stellungnahme von Peter Gerhardt, ROBIN WOOD

Vorbemerkung:

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Gelegenheit, zum Thema Biomasse bei dieser Anhörung Stellung zu nehmen. Es wäre aus meiner Sicht aber ebenso wichtig gewesen, auch mit den Menschen des globalen Südens zu reden, die von unserer Biomasse-Politik betroffen sind. Denn nur sie können aus erster Hand über die fatalen Folgen unserer Energiepolitik berichten. Es ist demzufolge dringend notwendig, dass Sie demnächst eine weitere Anhörung oder andere Veranstaltungen initiieren, damit die betroffenen Menschen direkt zu Ihnen sprechen können.

ROBIN WOOD und Zertifizierung

ROBIN WOOD ist sein langer Zeit aktives und kritisches Mitglied im Forest Stewardship Council (FSC). Wir sind vertreten im Vorstand der FSC Arbeitsgruppe Deutschland, sind bei internationalen FSC-Revisionsprozessen federführend dabei und haben viele leidenschaftliche Debatten über Chancen und Grenzen von Zertifizierung geführt.

Meine Antworten zu diesem Themenkomplex spiegeln insoweit die Erfahrungen wieder, die wir in diesem Prozess gesammelt haben.

ROBIN WOOD und Agro-Energie

Wie unsere Partner in Uruguay, Südafrika, Brasilien, Kolumbien und Indonesien sehen auch wir den Agro-Energiehype kritisch. Die ehrgeizigen Quotenziele von EU und Bundesregierung haben schon jetzt in Kolumbien und Indonesien einen Goldrausch ausgelöst. Neue Palmölplantagen fressen sich in den Regenwald hinein und zerstören die Lebensgrundlagen der Menschen. ROBIN WOOD fordert aus diesem Grund gemeinsam mit über 200 internationalen NGOs eine Moratorium für den Import von Agro-Energie und ein Aussetzen sämtlicher Quotenziele. Nur so werden die Menschen des Südens und Ökosysteme, wie die tropischen Regenwälder, vor den negativen Folgen der Agro-Energie geschützt.

<http://www.robinwood.de/german/presse/070627.htm>

Die aktuelle Diskussion bietet uns eine große Chance

Indem wir jetzt über eine verantwortungsvolle Produktion von Biomasse diskutieren, haben wir die Chance, die ungerechten Agrar-Handelsströme und den exzessiven Rohstoffverbrauch der Industrienationen generell in Frage zu stellen.

Zu Ihren Fragen:

Kann ein Zertifizierungssystem überhaupt eine nachhaltige Biomasseproduktion sicherstellen? Welche Mindestkriterien muss sie dafür erfüllen? Welche anderen Instrumente sind im internationalen Bereich dazu geeignet eine nachhaltige Produktion von Biomasse zu gewährleisten?

Zertifizierungssysteme sind zur Zeit keine geeigneten Werkzeuge, um eine nachhaltige Biomasseproduktion sicherzustellen. Unter den gegebenen Marktbedingungen führt eine erhöhte Nachfrage – wie sie durch die hohen Quotenziele von EU und Deutschland bei Kraftstoff und Energie induziert werden - zwangsläufig zu einer Ausdehnung der Anbauflächen. Nach allen diskutierten Biomasse-Szenarien werden wir dafür auf Importe angewiesen sein. Selbst wenn es Deutschland oder der EU gelänge, ein funktionierendes Zertifizierungssystem für Anbau und Verarbeitungskette zu implementieren, würde ein Effekt nicht erfasst werden:

Indirekte Landnutzungsänderungen

Dies soll im Folgenden weiter erläutert und mit Beispielen belegt werden.

Indirekte Landnutzungsänderungen wirken sich in den Ländern des globalen Südens sehr negativ aus. Dort erzeugt die erhöhte Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen, die auch vom Agro-Energieboom ausgelöst bzw. dramatisch verschärft wird, einen hohen Druck auf Kulturlandschaften und Ökosysteme. Insbesondere in Staaten wie Brasilien, Kolumbien oder Indonesien ist dies der Fall. Dort ist Land günstig zu haben, Landrechte für die indigene und lokale Bevölkerung existieren oftmals nur auf dem Papier, Naturschutzgesetze werden nicht konsequent durchgesetzt und die Wachstumsraten für Biomasse sind vergleichsweise hoch. In diesen Ländern dehnen sich die Energiepflanzen-Plantagen auch auf kleinbäuerliche Kulturflächen aus. Die lokale Bevölkerung wird aus ihren Lebensräumen verdrängt, weil die Energie-Plantagen kaum Arbeitsplätze bieten. Neue Produktionsflächen werden auch in tropische Wälder hineingetrieben. Da dieser Effekt inzwischen breit diskutiert wird, soll hier nicht weiter darauf eingegangen werden.

Zum Beispiel: Der asiatische Konzern Wilmar baut bei Brake an der Unterweser eine der größten Fettraffinerien Europas. Dort soll vor allem Palmöl für die Lebensmittelindustrie aufbereitet werden. Ihre Investition begründen die Betreiber wie folgt: In Europa produzierte Fette werden zunehmend als Kraft- oder Brennstoff Verwendung finden. Diese stehen dann nicht mehr der Nahrungsmittelindustrie zur Verfügung. Die Lücke wird mit Palmöl aus Malaysia und Indonesien geschlossen. Auf den konzernerneigenen Konzessionen von Wilmar in Indonesien wird dann der Wald illegal zerstört. <http://www.foei.org/en/media/archive/2007/worlds-biggest-palm-oil-trader-shamed> Dies macht deutlich: Selbst wenn wir die energetische Nutzung unserer heimischen Fette forcieren, erhöht das indirekt den Druck auf die indonesischen Tropenwälder, weil die Märkte miteinander verknüpft sind. Ein Zertifizierungssystem würde diese Effekte nicht erfassen.

Oft wird argumentiert, die Biomasse könnte auf bislang ungenutzten Böden angebaut werden. Eine Ausweitung der Produktionsflächen auf Grenzstandorte oder degradierten Böden findet jedoch kaum statt, denn auf diesen Flächen sind die Gewinnerwartungen in der Regel gering. Diskutierte Agro-Energieszenarien gehen daher zu unrecht davon aus, dass sich in Zukunft

agrарische Energieträger auf degradierten oder schlecht genutzten Flächen produzieren lassen. Es gibt kaum noch Platz für weitere Produktionsflächen - die auf dieser Erde vorhandenen Kulturböden sind mittlerweile ein knappes Gut. Dazu zwei Beispiele aus der Praxis:

Zum Beispiel: In Brasilien stehen laut Zuckerrohrindustrie noch 100 Millionen Hektar Land, die noch für die Produktion von Zuckerrohr bereit. Bei solchen Rechenbeispielen wird verschwiegen, dass für die entsprechenden Pläne das Cerrado zerstört werden soll – eine Savannenlandschaft von hoher Biodiversität, die vielen Menschen als Lebensraum dient. Diese Menschen würden in die Slums abgedrängt werden, da Zuckerrohrplantagen kaum Arbeitsplätze und damit Überlebenschancen bieten, wie es schon jetzt im Zuckergürtel Brasiliens geschieht. <http://www.wissenschaft-online.de/artikel/942558>

Darüber hinaus werden in Brasilien neue Zuckerrohrfelder zur Ethanolproduktion nur selten direkt auf Neurodungsflächen angebaut. Sie werden (auch aus klimatischen Gründen) eher auf älteren Agrarflächen in Zentralbrasilien angelegt. Die zuvor darauf angebauten Pflanzungen - beispielsweise Soja-Plantagen - wandern all zu oft in den Regenwaldgürtel im Norden und führen dort zu neuen Abholzungen. Ferner führt die Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern durch Großagrарier nicht nur zu massiven Menschenrechtsverletzungen, sondern vielfach auch dazu, dass diese Menschen sich neues Land suchen. Nicht selten sind es Waldgebiete, die dann der Brandrodung zum Opfer fallen. Auch diese Effekte würden von einer Zertifizierung nicht erfasst werden.

Zum Beispiel: Die Palmölindustrie und einige NGOs vermuten in Indonesien Millionen Hektar ungenutzten Brachlands, das in Zukunft für die Produktion von Agro-Energie genutzt werden könnte. Damit sind in der Regel Flächen gemeint, die mit Alang-Alang-Gras bewachsen sind. Dies ist aber kein Niemandsland – auch in diesen Gebieten leben Menschen, die vertrieben werden müssten, um Platz für neue Plantagenflächen zu schaffen. Marianne Klute von Watch Indonesia sagt dazu: „Das Land gehört seit alter Zeit den Menschen, die dort leben. Sie verlieren ihre Lebensgrundlage, und wenn sie sich gegen die unrechtmäßige Enteignung wehren, schlägt Polizei oder Militär zu. In Indonesien gibt es Hunderte von ungelösten Landrechtskonflikten auf Plantagenland, Tausende von Menschenrechtsverletzungen bei der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, und jeder neue Investor muss davon ausgehen, dass seine Plantage auf Terrain angelegt wurde, das ursprünglich von der lokalen Bevölkerung genutzter Regenwald war. Betroffen sind nicht nur verstreute, kleine Indigenengruppen, sondern Millionen von Menschen.“

www.watchindonesia.org/watchin/iz3w_JanFeb07.htm

Selbst Unilever-Manager Jan-Kees Vis - Vorsitzender des industrienahen Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) - glaubt nicht, dass sein Zertifizierungssystem Europa mit Energie versorgen kann. In der malaysischen Zeitung New Straight Times vom 23. November 2007 heißt es dazu: „He said it is unrealistic to expect the RSPO capable of stopping deforestation, ending rural poverty and providing access for palm oil to European energy markets or to save the orang utan.“

Wie kann ein international tragfähiges und anspruchsvolles Zertifizierungssystem erreicht werden?

Ein Zertifizierungssystem ist aus oben genannten Gründen ungeeignet.

Ist ein einheitliches System für die Produktion von Energiepflanzen anzustreben oder soll die Zertifizierung produkt- oder länderspezifisch differenziert werden?

Zertifizierung ist dann als Marktinstrument erfolgreich, wenn weltweit vergleichbare Prinzipien festgelegt werden und damit den Verbrauchern und Verbraucherinnen eine verlässliche Orientierung gegeben wird. Es wird aber schwer bis unmöglich sein, ein detailliertes Regelwerk für die ganze Welt vorzulegen. Deshalb sollten die Prinzipien von nationalen Initiativen herunter gebrochen werden. Zum Beispiel wie in der ökol.-Landwirtschaft: IFOAM (International Federation of Organic Agriculture Movements) akkreditiert weltweit Bio-Zertifizierungsinitiativen „IFOAM ensures global equivalency of certification programs and attempts to harmonize standards, taking into consideration local differences.“ www.ifoam.org

Wie soll das Zertifizierungssystem institutionell angebunden sein, wie eine unabhängige Überwachung garantiert werden?

Keine Angaben

Welcher zeitliche Rahmen ist für die Etablierung eines solchen Systems anzusetzen?

Zum Vergleich: Der FSC benötigte drei bis vier Jahre, bis das System etabliert und arbeitsfähig war. Selbst in Deutschland - also in einem vergleichsweise günstigen Umfeld - hat die nationale FSC-Arbeitsgruppe einige Jahre gebraucht, um eine funktionierende Zertifizierung zu implementieren. Grund hierfür: Eine tatsächliche Beteiligung von vielen heterogenen Stakeholdern ist zeitintensiv und aufwendig.

Sollen als Übergangslösung auch bilaterale Zertifizierungs-Pilot-Projekte auf den Weg gebracht werden, um in Hinblick auf Finanzierung, Überwachung und die Berichterstattung praktische Erfahrungen zu sammeln?

Da Zertifizierung aus Sicht von ROBIN WOOD kein geeignetes Instrument ist, sollte die Politik auch keine Ressourcen für Pilot-Projekte verschwenden.

Wären zwischenstaatliche Vereinbarungen zwischen Anbau- und Abnehmerländer, die die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards sicherstellen sollen, eine angemessene Übergangslösung? Wie wären diese gegenüber privatwirtschaftlichen Verpflichtungen zu bewerten?

Grundsätzlich sind zwischenstaatliche Vereinbarungen privatwirtschaftlichen Verpflichtungen vorzuziehen. Da ROBIN WOOD Importe von Biomasse zum gegenwärtigen Zeitpunkt für ablehnt, raten wir auch hier, von Maßnahmen abzusehen, die unsere Energieversorgung mit importierten Agrarrohstoffen befriedigt.

Kann durch die Zusammenarbeit mit den bestehenden „Runden Tischen“ im Bereich der Bioenergien sowie bewährten Zertifizierungssystemen wie dem Forest Stewardship Council (FSC) oder dem Waldzertifizierungssystem Programme for Endorsement of Forest Certification Schemes (PEFC) dieser Prozess beschleunigt werden?

Runde Tische wie z.B. der Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) liefern ungeeignet Vorlagen für mögliche Zertifizierungssysteme. Beim RSPO (einem Multistakeholder-Prozess) verständigen sich Konzerne der Palmöl-Verarbeitungskette und internationale NGO-Eliten auf lückenhafte Nachhaltigkeitsstandards. Die eigentlichen „Stakeholder“, wie die lokale

Bevölkerung, sind kaum am Verhandlungstisch vertreten, wenn die Standards vereinbart werden.

Eine Betrachtung der Stimmverhältnisse im Executive Board des RSPO dokumentiert das. Von 16 Sitzen im Vorstand, sind 11 Palmölwirtschaft und Banken vorbehalten, ein Sitz ist für Kleinbauern reserviert und die letzten 4 Sitze sind NGOs vorbehalten. Dass die Standards bei diesen asymmetrischen Kräfteverhältnissen ganz im Sinne der Industrie ausfallen, wird am Beispiel des Totalherbizids Paraquat deutlich.

Zum Beispiel: Obwohl die NGO „Erklärung von Bern“ <http://www.evb.ch/p25010153.html> den RSPO aufgefordert hat, das hochtoxische Paraquat zu verbieten, darf es nach wie vor bei zukünftigen RSPO-Plantagen eingesetzt werden. Die Geschichte hat einen faden Beigeschmack, weil der Schweizer Konzern Syngenta (der Paraquat herstellt), seit 2004 stimmrechtloses Mitglied beim RSPO ist und dort als Sponsor auftritt.

Es ist positiv, dass der RSPO - zumindest auf dem Papier – Kriterien festgelegt hat, die in einigen Bereichen über die übliche Bewirtschaftungspraxis hinausgehen. Unter dem Strich wird das RSPO-Zertifikat von einer großen Mehrheit der NGOs abgelehnt.

Ähnlich negativ ist die Bilanz des Roundtable on Sustainable Soy (**RTRS**) und weiterer Runder-Tische in diesem Bereich, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll.

Der **PEFC** ist ebenfalls eine von der Industrie dominierte Zertifizierungsinitiative, die in weiten Teilen der Zivilgesellschaft auf Ablehnung stößt. Ein Beispiel: In Australien wird die destruktive Forstwirtschaft des Konzerns Gunns nach anerkannten PEFC-Standards zertifiziert. <http://www.wilderness.org.au/campaigns/forests/tasmania/pefc-approved/>

Der Forest Stewardship Council (**FSC**) hat die größten Potentiale unter den existierenden Zertifizierungs-Systemen, denn bei dieser Initiative bestimmen Holzwirtschaft, Umweltverbände und Sozialorganisationen paritätisch. In Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland funktioniert der FSC nach Ansicht der meisten Umweltverbände gut, denn Umweltschutz- und Sozialinteressen werden über die beteiligten NGOs gut in das FSC-Regelwerk eingebracht. In den Ländern des globalen Südens machen sich auch beim FSC grundlegende Systemfehler von Multi-Stakeholderprozessen bemerkbar. Die Partizipation der Menschen vor Ort ist aus vielen Gründen oftmals unzureichend. Dies führt auch beim FSC zu Zertifikaten, die sehr kontrovers sind.

Wie kann die Ernährungssicherung in einem Zertifizierungssystem operationalisiert werden?

Zertifizierung wird nicht in der Lage sein, Ernährungssicherheit zu garantieren, weil sie elementare Marktgesetze nicht außer Kraft setzen kann. Demzufolge wird ein Landwirt - sofern es sich nicht um einen reinen Subsistenzbetrieb handelt – seinen Boden mit der Feldfrucht bestellen, die langfristig den höchsten Gewinn verspricht. Ihm wird es gleich sein, ob die Ernte zur Energieerzeugung, als Futtermittel oder für die Lebensmittelproduktion eingesetzt wird. Die Mehrzahl der zurzeit in Frage kommenden Energiepflanzen eignet sich für die menschliche Ernährung. Nach eingebrachter Ernte wird auch hier der Preis entscheiden, wohin die Agrargüter wandern – ob in die Margarine oder ins Blockheizkraftwerk.

Diese Konkurrenzsituation führt dazu, dass die Marktteilnehmer höhere Preisen bieten werden, um die begehrten Rohstoffe zu erhalten. Der Marktpreis schnellt dadurch in die Höhe. Viele arme Länder, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind, können dann die

Ernährung der Bevölkerung nicht mehr sicherstellen. Hungerkatastrophen sind vorprogrammiert. Dieses Szenario befürchtet auch Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Ziegler kommt folgerichtig zu einem vernichtenden Urteil über Agro-Kraftstoff. Am 26. Oktober 2007 berichtet er den UN in New York „...the effect of transforming food crops such as wheat and maize into agricultural fuel is “absolutely catastrophic” for hungry people and will negatively impact the realization of the right to food. Ziegler fordert deshalb ein fünf- jähriges Moratorium für Agro-Energie.

<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=24434&Cr=food&Cr1>

Langfassung auf <http://www.righttofood.org/A62289.pdf>

Jacques Diouf, Chef der Uno-Welternährungsorganisation FAO befürchtet ebenfalls, dass arme Länder ihre notwendigen Lebensmittelimporte nicht mehr bezahlen können. In der NZZ vom 10. Februar 2008 antwortet er auf die Frage, wer verantwortlich für die gestiegene Nachfrage nach Getreide sei: „Ein starker Treiber ist die Nachfrage der Bioethanol-Hersteller. Je teurer das Erdöl, desto attraktiver das Substitut. Erdöl ist 50% teurer als vor zwölf Monaten. Gas ist 3-mal teurer als 1990. In den USA hat sich die Nachfrage nach Mais, der für die Ethanolproduktion verwendet wird, seit 2003 verdoppelt. Dieses Jahr sollen es bereits 80 Mio. t sein. Für die Erzeugung von Bio-Treibstoffen werden also zunehmend Lebens- und Futtermittel verwendet“

Wie können im politischen Prozess der Etablierung von hohen und verbindlichen Standards Anreize gesetzt werden?

Keine Angaben

Ist es vernünftig abgestufte Zwischenziele zu definieren, die anspruchsvoll sind, aber gleichzeitig motivierend wirken und das Verhalten von Regierungen, Produzenten und Händlern immer weiter in Richtung Nachhaltigkeit treiben?

Keine Angaben

Welche sozialen Mindestkriterien müssen eingehalten werden und wie kann die Überwachung aussehen?

Es ist unbedingt erforderlich, dass traditionelle Landrechte, die Rechte indigener Menschen und arbeitsrechtliche Standards eingehalten werden. Außerdem ist darauf zu achten, dass die Menschen vor Ort partizipativ und transparent in jede Aktivität eingebunden werden. Hier ist das Konzept des Free Prior Informed Consent (FPIC) der international akzeptierte Standard. Es wird bereits von vielen multilateralen Akteuren anerkannt und eingesetzt.

Kann durch verbindliche Landnutzungsplanung in den Produzentenländern einer Verschlechterung/Verdrängung des Anbaus von Grundnahrungsmitteln entgegengewirkt werden? Wie können Landnutzungsplanungsprozesse induziert werden?

Eine partizipatorische, transparente und für alle Akteure verbindliche Landnutzungsplanung findet in vielen Herkunftsländern nicht statt. Ein derartiger Prozess wäre aber ein wirksamer Schutz vor der unkontrollierten Ausbreitung von Energie-Plantagen. Feri Irawan von der indonesischen NGO Walhi berichtet über die Praxis in Indonesien: „Der Konzern Wilmar wird in Zukunft Waldflächen für neue Palmölplantagen in Kalimantan zerstören, die nach den

Landnutzungsplänen nicht umgewandelt werden dürften. Aber was zählt das schon im korrupten Indonesien.“

Wie ist der Ausschluss gentechnisch veränderter Pflanzen für die Bioenergieproduktion als Teil eines Zertifizierungssystems zu bewerten?

Gentechnisch veränderte Pflanzen stellen u.a. aus ökologischer Sicht ein hohes Risiko dar. ROBIN WOOD lehnt daher den Einsatz von gentechnisch manipulierten Pflanzen ab. Es ist abzusehen, dass potentielle Energiepflanzen wie Mais, Soja oder Rapps (Canola) vor allen als gentechnisch manipulierte Variante in unsere Energieversorgung einfließen werden. Deshalb sollte jede Politikmaßnahme – die eine nachhaltige Produktion anstrebt – konsequenterweise gentechnisch veränderte Pflanzen verbieten.

Fazit: Zertifizierung ist ein ungeeignetes Instrument, um eine nachhaltige Biomasse-Produktion sicher zu stellen. Die politischen Akteure sollten sich auf eine Atempause besinnen und die Quotenziele für Agro-Energie ersatzlos streichen. Darüber hinaus müssen die Importe von Agro-Energie gestoppt werden. Dies würde den aufgeheizten Markt beruhigen. „Bitte bringt Eure Energieprobleme nicht zu uns.“, fordert uns mein indonesischer Kollege Nordin von Save our Borneo (SOB) zusammenfassend auf.

Für Rückfragen und Hintergrundgespräche stehen Ihnen in Berlin folgende Personen gerne zur Verfügung:

Feri Irawan, Leiter des Büro der NGO-Walhi in Jambi/Sumatra
Nordin, Save Our Borneo (SOB)
Peter Gerhardt, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferent

Mit herzlichen Grüßen aus Hamburg



peter gerhardt
robin wood e.v., tropenwaldreferent

nernstweg 32, 22765 hamburg
fon +49 (0)40 380 892 18
fax +49 (0)40 380 892 14
mobil +49 (0)1577 78 288 25
e-mail peter.gerhardt@robinwood.de
www.robinwood.de

